

Schluß mit Abschiebeanhörungen!

Jeden Tag werden bei Abschiebungen Menschen verschleppt und gewaltsam außer Landes geschafft. Viele andere werden mit Druck, Angst und Strafmaßnahmen zu vermeintlich "freiwilliger" Ausreise gezwungen. Für diese Abschiebepaxis benötigen deutsche Ausländerbehörden die Kollaboration durch Botschaften und Regierungsbeamte der (vermeintlichen) Herkunftsländer bei der Beschaffung von Pässen und Passersatzdokumenten, sogenannten "Heimreisepapieren". Entscheidend ist dabei nicht, aus welchem Land die betroffene Person tatsächlich kommt, sondern ob sich ein Staat findet, der sie "zurücknimmt" - und dafür sind viele Mittel recht:

MigrantInnen und Flüchtlinge werden zu Sammelanhörungen vor Botschaften, zum Teil auch vor dubiose Regierungsdelegationen, vorgeladen, damit ihre Herkunft und Identität bestätigt und ihnen auf dieser Grundlage Abschiebepapiere ausgestellt werden. Diese Anhörungen sind geprägt von Willkür und Korruption, sie stehen für deutsches Ausländerrecht, das einzig auf Ausschluss abzielt und MigrantInnen und Flüchtlingen rechtliche Sicherheit verweigert. So betreiben die Ausländerbehörden gezielte Desinformation, indem sie die Betroffenen über den Zweck der Vorladung zu einer Abschiebeanhörung im Unklaren lassen. Zudem wird die Vorsprache mit Sanktionen auf Grundlage der sogenannten "Mitwirkungspflicht" erzwungen, die von abgelehnten MigrantInnen und Flüchtlingen verlangt, an der eigenen Abschiebung aktiv mitzuwirken. Immer wieder werden Leute, die sich einer Abschiebeanhörung entziehen, von der Polizei zwangsvorgeführt und dafür manchmal tagelang ohne rechtlich zulässigen Haftgrund ihrer Freiheit beraubt. Wen sie als eigeneN StaatsbürgerIn identifizieren und wem sie ein "Heimreisedokument" ausstellen, entscheiden Botschaften und Regierungsdelegationen nach subjektiven Kriterien, die vor deutschen Gerichten nicht anfechtbar sind. Die Praxis, Abschiebeanhörungen nicht nur von Botschaften, sondern auch von dubiosen Delegationen von Regierungsbeamten durchführen zu lassen, wurde nachträglich durch das neue "Zuwanderungsgesetz" legalisiert. Die Anhörungen sind ein lukratives Geschäft für korruptes Botschafts- und Regierungspersonal: Bis zu mehreren hundert Euro zahlen deutsche Behörden für jedes Interview und für jedes ausgestellte Abschiebepapier. Mitunter kommen gar, wie an einem Fall aus Hamburg deutlich wurde, direkte Seilschaften zwischen Beamten aus Deutschland und aus den Abschiebungs-Zielstaaten ins Spiel. Neben solchen persönlichen Bereicherungspraktiken ist eine wesentliche Grundlage der Abschiebe-Kollaboration die neokoloniale ökonomische Abhängigkeit der Herkunftsländer von Deutschland und der EU, die von diesen Staaten die "Rücknahme" ihrer (vermeintlichen) StaatsbürgerInnen erzwingen.

Vor diesem Hintergrund erklären wir:

- **"Mitwirkungspflicht" an Abschiebeanhörungen ist ein erpresserisches Konstrukt.**
- **Flüchtlingsschutz wird zur Farce, wenn Fluchtgründe in der deutschen Asylverfahrenspraxis größtenteils missachtet werden und Flüchtlinge anschließend dazu genötigt werden, zum Zweck der "Identifizierung" und Abschiebung den RepräsentantInnen der Verfolgerstaaten gegenüberzutreten.**
- **Wir protestieren dagegen, dass europäische Mächte, die weltweit von Ausbeutung, Zerstörung und Krieg profitieren und damit eine Vielzahl an Fluchtgründen produzieren, ihr System der Abschiebung und Migrationskontrolle international durchsetzen.**
- **Botschaften und Regierungen, die aus ökonomischen Abhängigkeiten und korruptem Eigeninteresse heraus Abschiebungen unterstützen, schädigen damit die wirtschaftliche Existenzgrundlage der Bevölkerung in ihren Ländern, denn finanzielle Unterstützung von MigrantInnen und Flüchtlingen für Angehörige und Familien übersteigt um ein vielfaches die sogenannte "Entwicklungshilfe" aus Europa.**

Wir fordern:

- **Schluss mit dem korrupten Handel mit Abschiebepapieren!**
- **Schluss mit der institutionellen Entrechtung von MigrantInnen und Flüchtlingen!**
- **Schluss mit Abschiebeanhörungen und Willkürpraxis! Stopp aller Abschiebungen und Bleiberecht für alle!**

Viele MigrantInnen und Flüchtlinge verweigern und boykottieren, trotz Androhung von Sanktionen und Strafe, die Vorsprache und Mitwirkung bei Abschiebeanhörungen. Exilorganisationen, Flüchtlingsinitiativen und antirassistische Gruppen organisieren seit Jahren vor Ort Protest und Widerstand. Viele geplante Abschiebungen konnten so bereits verhindert werden. Damit wir diese Kämpfe zusammenbringen und effektiven Druck gegen die deutschen Abschiebebehörden und ihre korrupten HelferInnen aufbauen, rufen wir auf zu einer breiten und langfristig angelegten Kampagne gegen Abschiebeanhörungen. Unterstützt lokale Proteste! Bringt Abschiebeanhörungen in die Öffentlichkeit! Tretet in Kontakt, protestiert, boykottiert, leistet Widerstand! Sabotieren wir die Abschiebemaschinerie!

Zur Kampagne gegen Abschiebeanhörungen rufen auf:

One for the Road (Berlin), Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen (Ortsgruppe München), Flüchtlingsinitiative Brandenburg, Initiative gegen Rassismus und Ausgrenzung (Dortmund), Flüchtlingsrat Hamburg, Kein Mensch ist Illegal (Köln)